

POSITIONSPAPIER

BDF gegen Privatisierung

In allen Bundesländern stehen die Landesforstverwaltungen im Blickpunkt von Privatisierungsüberlegungen. Dabei wird vordergründig nur über "Schwarze Zahlen" und scheinbar bessere Organisationsformen öffentlicher Forstbetriebe diskutiert. Eine echte Zieldiskussion mit eindeutigen Vorgaben für eine naturnahe und multifunktionale Waldwirtschaft erfolgt nicht.

Der Bund Deutscher Forstleute erinnert deshalb alle öffentlichen Waldbesitzer an ihre Gesamtverantwortung für das Ökosystem Wald. Die öffentlichen Forstverwaltungen sind per Gesetz dem Gemeinwohl besonders verpflichtet. Eine Privatisierung der staatlichen und kommunalen Forstbetriebe, die rein erwerbswirtschaftlichen Zielen den Vorrang gibt, lehnt der BDF entschieden ab.

Wer öffentliche Forstbetriebe nur auf ihre Bedeutung als Lieferanten von Deckungsbeiträgen für die Haushalte reduziert und sinnvolle Investitionen z.B. für Naturschutz oder Erholung im Wald nur als Belastung empfindet, verkennt die Zeichen der Zeit.